

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des **Amtsausschusses Amt Mittleres Nordfriesland** am Montag, dem 20.03.2017, 19:30 Uhr, in Bredstedt, **Amtsverwaltung, Theodor-Storm-Str. 2, Sitzungssaal Nr. 304 im 2. OG**

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Anwesend:

Amtsvorsteher

Hans-Jakob Paulsen

Bürgermeisterin

Antje Hansen
Waltraud Schnoewitz
Claudia Weinbrandt

Bürgermeister

Heinrich Bahnsen
Ernst-Peter Carstensen
Christian Christiansen
Reiner Hansen
Knut Jessen
Peter Jessen
Manfred Peters
Andreas Petersen
Horst Petersen
Peter Reinhold Petersen
Diedrich Sönksen
Werner Sutter
Hans Günter Thordsen
Peter Tücksen
Gerhard Volquardsen i.V. für Dirk Albrecht
Bernd Wolf

Gemeindevertreterin

Annelie Bahnsen
Sigrid Nissen

Gemeindevertreter

Siegfrid Asmussen i.V. für Holger Arff
Uwe Bahr
Tim Friedrichsen
Dirk Paulsen i.V. für Hermann Weber
Bernhard Schweger

Stadtvertreterin

Johanna Christiansen
Helga Ziegler

Stadtvertreter

Kay-Peter Christophersen i.V. für Werner Nicolaisen
Dr. Edgar Techow

Protokollführer

Dr. Bernd Meyer

Gleichstellungsbeauftragte

Christine Friedrichsen

Personalrat

Levke Bahnsen

von der Verwaltung

Claudia Pastewka
Lars Schwerdtfeger

Schwerbehindertenvertretung

Sinje Cosmos

Nicht anwesend:**Bürgermeister**

Dirk Albrecht

ohne Stimmrecht

Gemeindevertreterin

Doris-Magdalene
Carstensen

Gemeindevertreter

Holger Arff
Hermann Weber

entschuldigt
Entschuldigt

Stadtvertreter

Werner Nicolaisen

Entschuldigt

Die Tagesordnung gliedert sich nunmehr wie folgt:

I. Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2016
- 4 Bericht des Amtsvorstehers
- 5 Bericht der Verwaltung
- 6 Anträge
- 7 Mitteilungen/ Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 8 Beratung und Beschlussfassung über die Wahl zur/zum stellv. Schiedsfrau/-mann für den Schiedsbezirk Bredstedt Land
Vorlage: 940/160/2017
- 9 Personalangelegenheiten

Sitzungsverlauf:

Zu Punkt 1 der TO: (Eröffnung und Begrüßung)
--

Amtsvorsteher Hans-Jakob Paulsen begrüßt alle Anwesenden sehr herzlich zur ersten Sitzung des Amtsausschusses im Jahre 2017.

Gegen Form und Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und LVB Dr. Bernd Meyer wird mit der Protokollführung beauftragt.

Der Amtsvorsteher stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 8 »Beratung und Beschlussfassung über die Wahl zur/ zum stellv. Schiedsfrau/-mann für den Schiedsbezirk Bredstedt-Land« und 9 »Personalangelegenheiten« unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

Die Mitglieder des Amtsausschusses stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0

Zu Punkt 2 der TO: (Einwohnerfragestunde)

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu Punkt 3 der TO:

(Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2016)

Die Niederschrift vom 05.12.2016 wird bei drei Enthaltungen angenommen.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 3

Zu Punkt 4 der TO:

(Bericht des Amtsvorstehers)

Krankenhaussituation

Seit der vorangegangenen Sitzung des Amtsausschusses bzw. der Bürgermeisterrunde am 13.01.2017 hat sich kein signifikant neuer Sachstand ergeben. Es erscheint derzeit noch unklar, welche konkreten Ziele die Initiatoren des ursprünglichen Bürgerbegehrens verfolgen.

Am Freitag, den 24.03., beschließt der Kreistag vss. über die endgültige Fragestellung für den selbst auf den Weg gebrachten Bürgerentscheid.

Der Amtsvorsteher Hans-Jakob Paulsen erneuert seine Hoffnung auf eine Lösung mit Augenmaß. Auf längere Sicht droht sonst eine finanzielle Überforderung der nordfriesischen Gemeinden.

Breitbandausbau

Basierend auf den Ergebnissen einer amtsübergreifenden Arbeitsgruppe hatten die Amtsausschüsse Mittleres Nordfriesland und Südtondern im Juli 2016 beschlossen, einen gemeinsamen Breitbandzweckverband zu gründen und Mittel aus dem »Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau« in Höhe von rd. 9,3 Millionen Euro zu beantragen. Diese Mittel sollen für den flächendeckenden Breitbandausbau in den Regionen Mittleres Nordfriesland und Südtondern mit Glasfasertechnologie [FTTH] eingesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund teilt Herr Paulsen mit, dass den Ämtern Mittleres Nordfriesland und Südtondern nunmehr ein Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zugegangen ist, nach dem diese den entsprechenden Förderbescheid am 21.03.2017 in Berlin in Empfang nehmen können. Die Höhe der Fördersumme wurde in diesem Zusammenhang noch nicht explizit mitgeteilt.

Am Dienstag, den 21.03. reist daher eine fünfköpfige Delegation der beiden beteiligten Ämter nach Berlin. Die Delegation nimmt den Bescheid dort aus den Händen des Staatssekretärs Ferlemann in Empfang.

Aktuelle Förderprogramme

Der Amtsvorsteher weist auf aktuelle Förderprogramme hin.

Zum einen besteht ab 2018 die Möglichkeit der finanziellen Förderung von Sportstätten.

Zum anderen wurde ein Förderprogramm zur Sanierung von sanitären Anlagen in Schulgebäuden aufgelegt.

Es ergeht der Hinweis, dass der Schulverband bereits Beschlüsse zur Sanierung diverser Anlagen gefasst hat. Hier ist darauf zu achten, dass ggf. auf die jetzt zur Verfügung gestellten Fördermittel zugegriffen wird.

Zu Punkt 5 der TO: (Bericht der Verwaltung)

EDV-Situation

Unter Bezugnahme auf den im Anschluss zum Hauptausschuss am 06.03.17 in den Husumer Nachrichten erschienenen Artikel »Die EDV bereitet dem Amt Kummer« stellt der LVB Herr Dr. Meyer die EDV-Situation in der Amtsverwaltung als deutlich differenzierter dar. Die Überschrift erweckt unzutreffenderweise den Eindruck, es gäbe umfassende Schwierigkeiten innerhalb der etablierten IT-Landschaft der Amtsverwaltung.

Einführung Dokumentenmanagementsystem [DMS]

Herr Dr. Meyer schildert, dass die Einführung des elektronischen Dokumentenmanagementsystems (ELO) dank der Unterstützung der ELO-Begleitgruppe bisher sehr gut verlaufen ist.

Neben der elektronischen Ablage der durch die Amtsverwaltung produzierten Dokumente [Phase I] wird mittlerweile auch die Eingangspost zentral gescannt und elektronisch an das jeweilige Team/ den jeweiligen Mitarbeitenden weitergeleitet [Phase II]. Als abschließender Schritt stehen die Definition von Arbeitsabläufen und die automatisierte Unterstützung der eingeleiteten s.g. Workflows [Phase III] noch aus bzw. befinden sich in der abschließenden Vorbereitung.

W-LAN

Dr. Meyer informiert darüber, dass die Amtsverwaltung die Errichtung von W-LAN Hotspots innerhalb des Amtsgebäudes prüft. Die Überlegungen gehen dahin, diesen Service für alle Besucher(innen) der Amtsverwaltung anzubieten, da immer mehr Dienstleistungen online abgewickelt werden. So verfolgt auch die Landesregierung diese Richtung und bietet den kommunalen Verwaltungen in Zusammenarbeit mit Dataport entsprechende Serviceleistungen an. Auf Anraten der EDV-Abteilung werden die W-LAN Hotspots erst nach Anschluss des Verwaltungsgebäudes an das Breitbandnetz eingerichtet. Die Bereitstellung des W-LAN-Zuganges wird dann vss. mittels Voucher erfolgen, um so differenzierte Zugriffsmodelle zu ermöglichen.

Ratsinformationssystem

Dr. Meyer bestätigt, dass die technische Möglichkeit eines Ratsinformationssystems zwar besteht, dass das Angebot allerdings gestoppt werden musste, da es im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Daten zu Sicherheitsproblemen gekommen war. Im Übrigen wurde das Angebot bis zu diesem Zeitpunkt nur äußerst zurückhaltend angenommen, so dass die Wiederaufnahme auch angesichts der anderen dargestellten Projekte dann auch nicht mit der höchsten Priorität verfolgt wurde.

Er ergänzt, dass das damit verbundene Protokollprogramm diverse Schwächen aufweist. Er verdeutlicht das am Beispiel der Sitzungsgeldabrechnung. Aufgrund der unterschiedlichen Auszahlungswünsche der Gemeinden müssen Umgehungslösungen angewendet werden, die einen erheblichen Mehraufwand verursachen. Zurzeit wird ergebnisoffen nach Lösungen gesucht, die mit der Softwareanwendung einhergehenden Prozesse zu vereinfachen.

Aus Sicht der meisten Hauptausschussmitglieder und auch aus Sicht der Amtsverwaltung ist es wünschenswert einzelne Anwendungsprozesse amtsweit zu vereinheitlichen [»Faktor 20«].

Dr. Meyer spricht sich dafür aus, die diesbezüglichen Beratungen nach den verwaltungsinternen Prüfungen und anhand konkreter Empfehlungen erneut aufzugreifen.

Tablets

Dr. Meyer berichtet, dass sich einige Gemeindevertretungen mit der Frage beschäftigen, ihre Gemeindevertreter(innen) mit Tablets auszustatten. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass über die reine Anschaffung hinausgehende Dienstleistungen wie z.B. die technische Einweisung, die Softwareaktualisierung, die Geräteverwaltung etc. von der EDV-Abteilung mit der derzeitigen Personalausstattung nicht umzusetzen sind. Der Amtsvorsteher unterstützt diese Auffassung, und verortet diese Aufgaben in den anschaffenden Gemeinden.

Dr. Meyer greift den Empfehlungsbeschluss des Hauptausschusses vom 06.03.17 auf, nach dem die Versendung der Sitzungsunterlagen für die Amtsgremien zukünftig *grundsätzlich* auf elektronischem Wege erfolgen soll. Sollte dies explizit gewünscht sein, soll die Versendung allerdings auch zukünftig auf dem Postweg erfolgen.

Er bittet die Mitglieder des Amtsausschusses, einen entsprechend vorbereiteten Fragebogen auszufüllen und zeitnah zurückzureichen.

Gleichstellung

Dr. Meyer stellt den Tätigkeitsbericht der behördlichen Gleichstellungsbeauftragten Frau Christine Friedrichsen für das Jahr 2016 vor.

In diesem Zusammenhang dankt er ihr sehr herzlich für die hoch engagierte und äußerst vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Im Weiteren geht er darauf ein, dass die Landesregierung neue gesetzliche Standards für hauptamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragte beschlossen hat. Die Gesetzesänderung hat u.a. zur Folge, dass der Beschäftigungsumfang der Gleichstellungsbeauftragten künftig in der Hauptsatzung geregelt werden muss. Für den Fall, dass das im Amt Mittleres Nordfriesland bewährte Modell der Teilzeitbeschäftigung – im Einvernehmen mit der Stelleninhaberin Frau Friedrichsen – zukünftig beibehalten werden soll, sind die Gründe hierfür nachvollziehbar darzulegen.

Derzeit wird noch geprüft, ob eine solche Teilzeitregelung dann nur für die aktuelle Stelleninhaberin greift oder ob es sich um eine personenunabhängige Festschreibung handelt.

Streetworker/ Amlupper

LVB Dr. Meyer schildert den Planungsstand in Sachen »Amlupper«. Nach derzeitiger Einschätzung wäre ein potenzieller Streetworker vss. in die EG 9 c einzugruppieren.

Entsprechend den Empfehlungen des KGST kämen dann eine Sachkostenpauschale für einen Arbeitsplatz und ein Gemeinkostenanteil hinzu, so dass bei einer Vollzeitstelle von Personalkosten in Höhe von ca. 80.000,00 € p.a. auszugehen ist.

Der LVB verweist darauf, dass bei der Berechnung zusätzlich ein freies Budget und anfallende Fahrtkosten berücksichtigt werden sollten.

Sofern *alle* Förderungsvoraussetzungen erfüllt sind, ist eine Maximalförderung durch die AktivRegion in Höhe von 75 Prozent möglich. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Integrierte Entwicklungsstrategie [IES] der AktivRegion in ihrer derzeitigen Fassung einen Förderhöchstbetrag in Höhe von € 100.000,- pro Projekt vorsieht. Der verbleibende Betrag wäre vom Amt bzw. den Gemeinden zu übernehmen. Mit Ablauf des Förderzeitraumes sind die Kosten vollumfänglich durch die Amtsverwaltung aufzubringen. Eine Möglichkeit zur Kostenreduzierung sieht Dr. Meyer allein in einem geringeren Stundenansatz oder in einer anderen Einstiegsqualifikation.

Am 20.03.2017 findet ein weiteres Abstimmungsgespräch statt, bei dem unter Berücksichtigung der bis dahin ermittelten Projektpartner über eine mögliche Antragstellung beraten werden soll.

Die Stadtvertreterin und Mitinitiatorin des Projektes Frau Johanne Christiansen ergänzt, dass derzeit Gespräche laufen, um mögliche Projektpartner zu gewinnen. Es ist ihr wichtig, zu betonen, dass die Arbeit des hauptsächlich präventiv arbeitenden Streetworkers nicht allein der Stadt Bredstedt, sondern allen Gemeinden in der Region zugute käme.

Politisches Ehrenamt

In einigen Gemeinden gestaltet es sich immer schwieriger, Menschen für die Mitarbeit in den Gemeindevertretungen oder auch für die Übernahme eines [Bürgermeister-]Amtes zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang hebt Dr. Meyer die von der Gleichstellungsbeauftragten Frau Friedrichsen initiierte und von Herrn Middendorf professionell begleitete 'Imagekampagne' »Frauen in der Kommunalpolitik« hervor. Die Drelsdorfer Bürgermeisterin Frau Antje Hansen ergänzt, dass sie bei der 'Werbung' von Frauen für die Mitwirkung in der Gemeindepolitik häufig auf Ängste stoße. Insofern begrüßt sie die über »Dit un Dat« verbreitete Artikelserie als wichtige Unterstützung, mögliche Befürchtungen von potentiellen Interessentinnen zu zerstreuen.

Die Mitglieder des Amtsausschusses stimmen überein, dass die Gemeinden ihre Anstrengungen zur Gewinnung zukünftiger Gemeindevertreter(innen) noch weiter verstärken müssen. Darüber hinaus ergeht der Vorschlag, gemeinsam mit der Gemeinschaftsschule ein entsprechendes Schulprojekt zu entwickeln.

Ehrenamtskarte

Auf die Nachfrage einer Gemeinde hin, hat sich Dr. Meyer mit dem »Büro der Ehrenamtskarte« in Kiel in Verbindung gesetzt.

Seine Nachfrage hat ergeben, dass auch Gemeindevertreter(innen) *grundsätzlich* zum Empfang einer Ehrenamtskarte berechtigt sind. Hierbei ist aber genau darauf zu achten, dass sich die potentiellen Interessent(inn)en in den vergangenen zwei Jahren mindestens drei Stunden pro Woche bzw. 150 Stunden pro Jahr ehrenamtlich engagiert haben. Des Weiteren dürfen sie für diese Tätigkeit kein Honorar, kein Gehalt, keine Übungsleiterpauschale oder sonstige geldwerte Vorteile erhalten haben.

Die Erstattung von Auslagen, oder auch eine Aufwandsentschädigung stehen dem Erhalt der Ehrenamtskarte allerdings nicht entgegen.

Im ersten Schritt müssen sich interessierte Gemeinden über » ehrenamtskarte.de « registrieren. Sobald ein(e) potentielle(r) Interessent(in) dann beim Ehrenamtsbüro anzeigt, die geforderten Kriterien zu erfüllen, obliegt es der Gemeinde, vertreten durch den/ die Bürgermeister(in), dessen Angaben zu bestätigen. Ggf. sollte hier eine Aufstellung der geleisteten Ehrenamtsstunden gefordert werden, um die Angaben des/ der Antragstellers(in) im Einzelnen nachvollziehen zu können.

Mit der Ehrenamtskarte können eine Reihe von auf der Website » ehrenamtskarte.de « einzusehenden Vergünstigungen [z.B. verbilligter Eintritt ins Museum] in Anspruch genommen werden. So soll den ehrenamtlich Tätigen eine besondere Anerkennung für ihre Arbeit zuteil werden. Deshalb haben interessierte Gemeinden über die Registrierung hinaus auch die Möglichkeit, hier zur Verfügung gestellte Vergünstigungen beim Ehrenamtsbüro anzuzeigen.

Zu Punkt 6 der TO: (Anträge)
--

Die Gemeinde Bordelum hat jüngst zwei E-Fahrzeuge erworben, die den Bürger(innen) der Gemeinde im Rahmen eines E-Carsharing-Modells zur Verfügung gestellt werden sollen.

Vor diesem Hintergrund fragt der Bordelumer Bürgermeister Herr Peter Reinhold Petersen an, ob die Amtsverwaltung die Abrechnung der von den Nutzern zu entrichtenden Entgelte übernehmen könne.

Der Amtsvorsteher Herr Paulsen regt an, zunächst alternativ zu prüfen, ob diese Dienstleistung durch das Energie Kompetenz Centrum Bredstedt [EKC] erbracht werden kann.

Die Mitglieder des Amtsausschusses stimmen überein, die weiter gehende Beratung des Antrags zunächst zurückzustellen und die Ergebnisse dieser Prüfung abzuwarten.

Zu Punkt 7 der TO: (Mitteilungen/ Anfragen)

Förderprogramm Kindergärten

Der Breklumer Bürgermeister Herr Heinrich Bahnsen informiert über ein Förderprogramm für Kindergärten. Bei mehrsprachiger Betreuung können diese eine finanzielle Förderung in Höhe von € 2.000,- p.a. erhalten.

Die in der Amtsverwaltung zuständige Kollegin Frau Simone Hansen hat den Kindergärten in der Region die entsprechenden Antragsunterlagen zugesandt.

Neubürger(innen)

Schon seit geraumer Zeit erhalten die in der Amtsverwaltung vorstellig werdenden Neubürger(innen) im Rahmen ihrer Anmeldung eine s.g. »Willkommenstasche«. Beim Packen dieser Taschen werden die Kolleginnen des Einwohnermeldeamtes tatkräftig von den Kolleginnen der Tourist-Info unterstützt.

Die Langenhorner Gemeindevertreterin Sigrid Nissen richtet die Bitte an die Gemeinden, sehr gerne Präsente für die Willkommenstaschen zur Verfügung zu stellen. Hierbei kann es sich z.B. auch um Gutscheine für einen kostenfreien Freibadbesuch oder ähnliches handeln. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Willkommensgäste bei den neu Zugezogenen sehr gut ankommt und einen ersten positiven Eindruck der Region bzw. der Gemeinden liefert.

Bauhof Bordelum/ Langenhorn

Bürgermeister Peter Reinhold Petersen berichtet, dass der Bauhof Bordelum/ Langenhorn zurzeit vermessen wird. Der auf dem Grundstück befindliche Hundezwinger wurde bisher von der Polizei und der Ordnungsabteilung für die Unterbringung von Hunden genutzt. Für das weitere Vorgehen ist vorab die Frage zu klären, ob der Hundezwinger nach wie vor benötigt wird.

Dr. Meyer erklärt, dass er die Frage bis dato noch nicht abschließend hat klären können. Er wird das Thema kurzfristig mit der Ordnungsabteilung erörtern und eine entsprechende Rückmeldung geben.

Amtsvorsteher Hans-Jakob Paulsen beendet den öffentlichen Teil der Amtsausschusssitzung um 20:22h und bittet die anwesende Öffentlichkeit, den Raum zu verlassen.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit um 20:37h teilt der Amtsvorsteher mit, dass die Mitglieder des Amtsausschusses im nicht-öffentlichen Teil unter TOP 8 »Beratung und Beschlussfassung über die Wahl zur/zum stellv. Schiedsfrau/-mann für den Schiedsbezirk Bredstedt Land« beschlossen haben, Frau Michaela van Balen aus Breklum mit der Aufgabe zu betrauen.

Der Amtsvorsteher bedankt sich bei den Mitgliedern des Amtsausschusses und bei den Vertreter(inne)n der Verwaltung für die konstruktive und konzentrierte Mitarbeit.

Im Anschluss schließt Herr Paulsen die Sitzung um 20:40h.

Der Amtsvorsteher	Protokollführer
	